

Landeshauptstadt



b

In den Sportausschuss
In den Kulturausschuss
In den Sozialausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
An den Schulausschuss (zur Kenntnis)
In den Migrationsausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

1. Stellungnahme
Nr. 1315/2009 S1
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Stellungnahme der Verwaltung zum Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion (Drucks. Nr. 1315/2009) zu Drucks. Nr. 0843/2009 (Konzept für Formen der Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement)

Die CDU-Ratsfraktion hat den oben genannten Änderungsantrag in der Sitzung des Schulausschusses am 27.05.2009 eingebracht. Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu 1:

Die Verwaltung beabsichtigt, das Konzept in mehreren Schritten bis 2012 umzusetzen (Ziffer 5.1 der Anlage 1 zur Drucksache). Die Aufzählung der einzelnen Schritte in der Einführung der Anlage 1 stellt auch eine Priorisierung der Umsetzungsschritte dar, auch wenn die einzelnen Schritte teilweise ineinander greifen. Das gesamte Konzept in einem Jahr (2010) umzusetzen, wird aus verschiedenen Gründen nicht möglich sein:

- Einerseits sollen die einzelnen Bausteine unter Beteiligung der Träger weiter entwickelt werden.
- Auf der anderen Seite müssen die für die Umsetzung des gesamten Konzepts erforderlichen personellen Ressourcen weiter entwickelt werden.

Zu 2:

1. Eine solche Befragung wäre praktisch nicht aussagekräftig durchführbar, weil die meisten Organisationen nicht über die zu erhebenden Daten ihrer Freiwilligen verfügen, sondern ihrerseits die entsprechenden Erhebungen durchführen müssten.
2. Die Befragung, die letztlich als Totalerhebung gedacht ist, und deren Auswertung wäre ausgesprochen aufwendig und mit den vorhandenen personellen Kapazitäten nicht durchführbar.
3. Die Verwaltung geht in der DS Nr. 0843/2009 auch nicht davon aus, dass es nur ca. 1.000 Ehrenamtliche gibt, die eine Karte bekommen können. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass vermutlich etwa 1.000 Ehrenamtliche die Karte beantragen werden.

Kostentabelle

Es entstehen keine außer den genannten finanziellen Auswirkungen.

Hannover / 04.06.2009